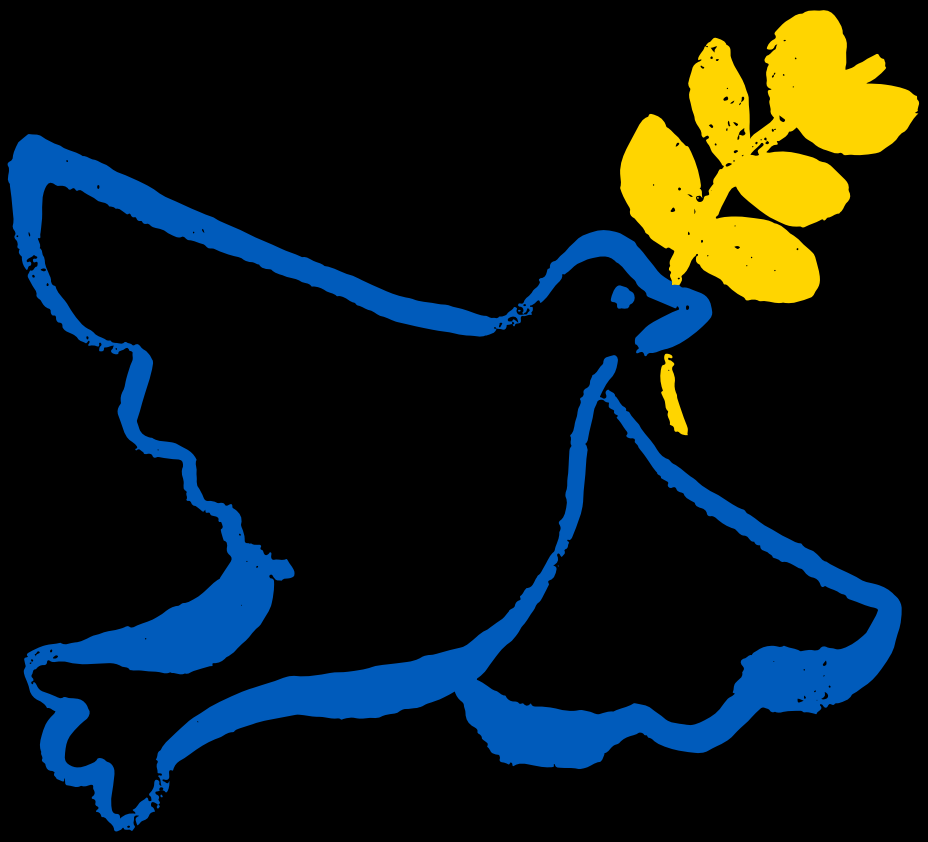
ISSUE NO. 12 | MÄRZ 2022

JUNGSOZIALIST*IN

Verbandsmagazin Jusos Nord-Niedersachsen



JUSOS

Inhalt

3 Grußwort des Bezirksvorsitzenden
Grüße von Kirsti und Jonas

4 Sarah Marino und Ferike Thom, Jusos Berlin
Wir vergessen euch nicht!
10 Jahre nach dem Anschlag von Oslo und Utøya

7 Johannes Hochhaus, stv. Landesvorsitzender Niedersachsen
Antisemitismus in der Querdenken-Bewegung

9 Marco Albers, Co-Vorsitzender Jusos Bezirk Hannover
Was würde Willy tun? Warum der Blick in die Vergangenheit den russisch-ukrainischen Konflikt nicht lösen kann

12 Toni Hillberg (Co-Vorsitzende Jusos Bezirk Hannover) und Bo Hoffmann (stellvertretender Vorsitzender Jusos Bezirk Hannover)
Katzen sind süß, Catcalling aber gar nicht

15 Fynn Hinck, stv. Bezirksvorsitzender
Erich Fromm "Den Menschen verstehen" Buchrezension

Grüße von Kirsti und Jonas

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dieser Ausgabe wollen wir einen Blick in die Themenvielfalt unseres Bezirks und unserer Mitglieder sowie Freund*innen und Freunde unseres Verbands werfen.

In diesen Tagen beschäftigt uns Menschen in Europa die schwierige Lage mitten in Europa. In der Ukraine führt der Präsident Russlands, Wladimir Putin, einen gnadenlosen Angriffskrieg gegen die Ukraine und hat diesem Land seine berechtigte Souveränität abgesprochen. Wie in der Ukraine, stehen Sicherheit und Freiheit weltweit unter Druck. Der Konflikt 2020 in Hong Kong, der finale Zusammenbruch 2021 in Afghanistan und jetzt auch der Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 sollten die Lehre dafür sein, dass es konkrete Handlungen geben muss, die Angriffe und das Vorrücken autokratischer Systeme verhindern - und nicht erst im Nachhinein verurteilen, nachdem man zurückweichen musste.
Unsere Gedanken sind bei den Menschen in der Ukraine. Wir beschäftigen uns hierzu in diesem Magazin, in unseren Veranstaltungsformaten und auf unseren Social-Media Seiten - bleibt hier gerne auf dem Laufenden.

Mit Blick auf unser Verbandsmagazin wollen wir euch einen Überblick über unsere Themen geben. In dieser Ausgabe haben Ferike und Sarah von den Jusos Berlin einen Artikel über die rechtsterroristischen Anschlägen auf unsere Schwesterorganisation in Norwegen geschrieben. Durch einen Rückblick auf diese Anschläge analysieren sie, was gegen Rechtsterrorismus getan werden kann.

Unser stellvertretender Landesvorsitzender Johannes aus dem Unterbezirk Stade hat sich mit der Bewegung der sogenannten Querdenker*Innen und Antisemitismus befasst. Auch stellt er heraus, wie Verschwörungsmythen antisemitische Stereotype befeuern.

Marco Albers, Co-Vorsitzender der Jusos im Bezirk Hannover wagt einen Blick auf die Ukraine-Krise und analysiert, warum wir heute neue Akzente zur Lösung dieses Konflikts brauchen und uns nicht nur auf die Erfolgskonzepte im kalten Krieg konzentrieren können.

Co-Vorsitzende der Jusos im Bezirk Hannover Toni Hillberg und ihr stellvertretender Vorsitzender Bo Hoffmann haben in diesem Magazin wichtige Punkte zum Thema Catcalling geschrieben.

Unser stellvertretender Vorsitzender Fynn Hinck gibt in diesem Magazin Buchempfehlung, die es sich lohnt nachzulesen.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim lesen unserer Artikel und freuen uns über Feedback zu unseren Themen.

Beste Grüße
Kirsti Elle und Jonas Pagels
Vorsitzende der Jusos Nord-Niedersachsen

WIR VERGESSEN EUCH NICHT! 10 JAHRE NACH DEM ANSCHLAG VON OSLO UND UTØYA

Von Sarah Marino und Ferike Thom, Jusos Berlin

Es sind zehn Jahre vergangen seitdem am 22. Juli 2011 ein rechtsterroristischer Anschlag auf unsere norwegische Schwesterorganisation – AUF – und auf Menschen in Oslo 77 Menschen das Leben kostete.

Zuerst detonierte im Osloer Regierungsviertel eine Bombe, wodurch 8 Menschen starben. Der Täter nutzte dabei mehrere hundert Kilogramm Sprengstoff. Ziel waren nicht nur Regierungsmitglieder, wie der damalige sozialdemokratische Ministerpräsident Jens Stoltenberg, sondern die Demokratie an sich. Der Täter verabscheut die plurale und offene Gesellschaft und griff jene an, die sich für diese einsetzen. Dies machte er nicht zuletzt in einem Bekenner*innenschreiben öffentlich.

Der Täter setzte sein Morden auf der Insel Utøya im Tyrifjord fort. Auf der Insel Utøya fand zeitgleich das jährliche Zeltlager der norwegischen Jungsozialist*innen statt. Hunderte Genoss*innen trafen sich dort, um gemeinsam zu lernen, über eine bessere Welt zu diskutieren und zu feiern. Der Attentäter tarnte sich als Polizist, um mit einer Fähre auf die Insel zu kommen. Getarnt als Vertrauensperson sprach er Jugendliche auf der Insel an – er wolle sie über den Anschlag in Oslo informieren. Dann eröffnete er das Feuer.

Der Täter hatte sich das AUF-Zeltlager unter anderem deswegen als Anschlagsziel ausgesucht, weil er dort Gro Harlem Brundtland, die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin, ermorden wollte, die er für die ihm zu offene Migrationspolitik Norwegens verantwortlich machte. Sie hatte das Camp allerdings kurz vorher verlassen.

Kurz nachdem ein Sondereinsatzkommando der Polizei in Oslo aufbrach, erreichten erste Überlebende des Anschlags schwimmend das Festland. Sie berichteten, dass einige Jugendliche noch im Wasser angeschossen wurden und zu ertrinken drohten. Daraufhin starteten mehrere Menschen in ihren Privatbooten in Richtung der Insel, um Überlebende zu retten.

Der Attentäter wurde noch auf der Insel festgenommen. Er wollte die norwegische Gesellschaft genau dort treffen, wo sie am verwundbarsten sei. Er leistete keinen Widerstand und kündigte weitere Anschläge an, wenn seine Forderungen nicht erfüllt würden. Diese waren unter anderem ein vollständiger Stopp von Migration nach Norwegen und eine „Entislamisierung" des Landes. An diesem Tag griff er unsere Genoss*innen an, griff er uns an. Er griff die freie, plurale Gesellschaft an, die wir erkämpft haben und für die wir nach wie vor kämpfen.

Rechte Kontinuitäten benennen.

Der Attentäter war kein verwirrter Einzeltäter. Er hat die Tat zwar alleine begangen, aber er ist Teil von globalen Netzwerken, die Tätern wie ihm nicht nur ideologischen Rückhalt bieten, sondern sie auch mit Waffen versorgen. Das sind Netzwerke von Männern, die sich als Verteidiger der Vorherrschaft des weißen Mannes verstehen und ihre Privilegien schwinden sehen. In ihren Online-Blasen bestätigen sie sich in ihren Verschwörungserzählungen selbst. Sie glauben an einen Plan vom „Großen Austausch", demzufolge die weiße Bevölkerung ausgelöscht und ersetzt werden solle.

Nur das sei das Ziel von Feminismus, von Einwanderungspolitik und dahinter steckten, wie bei jeder Verschwörungserzählung, angeblich Jüdinnen und Juden. Diese Verschwörungsideologien sind mitnichten nur am rechten Rand verbreitet, sondern in der gesamten Gesellschaft.
Auf diese Verschwörungserzählungen beziehen sich auch die Täter von Toronto, Christchurch oder Halle. Nicht zufällig gedenken wir genau am gleichen Datum auch den Opfern von München. Fast alle rechtsterroristischen Attentäter des letzten Jahrzehnts beziehen sich auf den Täter von Utøya. Ohne ihn, als ihr makabres Vorbild, hätte es diese Attentate vielleicht nie gegeben.
Diese Zusammenhänge müssen wir erkennen. Und wir dürfen nicht müde werden, immer wieder auf sie hinzuweisen. Wenn wir sie nicht erkennen oder sie mit Formulierungen wie „jeder Extremismus ist gefährlich" kleinreden, können wir sie nicht bekämpfen.

Entpolitisierung bekämpfen.

Der Täter von Utøya und Oslo wurde in der medialen Berichterstattung als psychisch kranker Eigenbrötler dargestellt. Vom Täter von München wurde behauptet, er sei Amok gelaufen, weil er in der Schule gemobbt wurde. Bei beiden Tätern waren ihre politischen Überzeugungen jedoch offensichtlich und einfach festzustellen. Der Täter von Utøya hat sich in den Jahren vor seinem Anschlag in einer rechten Partei eingebracht, sich in seinem persönlichen Umfeld immer wieder mit faschistischen Überzeugungen geäußert und hat vor seiner Tat ein entsprechendes „Manifest" veröffentlicht. Der Täter von München hat NS-Literatur gelesen, hatte den Attentäter von Utøya zeitweise als WhatsApp-Profilbild, hat sich unter enormen Aufwand die exakt gleiche Waffe wie er besorgt und schließlich den fünften Jahrestag des Anschlags von Utøya und Oslo für sein eigenes Attentat gewählt.
Er hat sich während des Attentats einem Passanten gegenüber rassistisch geäußert. All das fand und findet in der Berichterstattung und in der Öffentlichkeit kaum Beachtung. Auch 2021 war im Zusammenhang mit dem Gedenken an München wieder viel zu oft von einem „Amoklauf" die Rede und kein Wort fiel zu dem Motiv der Täter.
Das sind wir den Opfern aber schuldig. Denn sie sind nicht einfach zufällig ausgewählt worden: In Norwegen waren es nicht einfach nur Kinder und Jugendliche, die im Sommer eine gute Zeit haben wollten. Es waren junge Sozialist*innen, die für eine bessere und offenere Gesellschaft für alle gekämpft haben. In der AUF und auf Utøya konnten sie diese Vision leben. Einige von ihnen wären sicherlich auch den Weg in die Arbeiderpartiet gegangen und hätten vielleicht in der Regierung diese Vision wahr werden lassen können. Und genau das wollte der Täter verhindern.
In München war das rassistische Motiv offenkundig: Der Täter hatte es auf migrantisch gelesene Jugendliche abgesehen. Er hat den Ort entsprechend gewählt und im Vorfeld versucht, möglichst viele von ihnen durch Facebook-Posts mit einem Fake-Profil dort hin zu locken. Dass ein Täter selbst einen Migrationshintergrund hat, wurde von vielen Medien als Beleg dafür aufgefasst, dass kein rassistisches Motiv vorliegen kann. Das ist schlichtweg falsch und diese Schlussfolgerung ist gefährlich.

Beide Attentäter waren zudem frauenfeindlich motiviert. Aus Sicht des Attentäters von Utøya haben sie seine faschistische Weltsicht doppelt herausgefordert: Diese jungen Frauen haben sich als Feministinnen geweigert, die ihnen von ihm zugewiesenen Rolle als zukünftige Ehefrauen und Mütter zu fügen und sie bringen sich bei der AUF auch noch politisch ein und kämpfen dort für eine Gesellschaft der Freien und Gleichen

Der Attentäter von München hatte sich in Incel-Foren radikalisiert. Bei ihm wird medial außerdem oft erwähnt, dass er in der Schule von Mädchen gemobbt und geschlagen wurde und deswegen vor allem Mädchen und Frauen ermorden wollte. Dies verharmlost die darunterliegende Frauenfeindlichkeit des Täters. Er hat es als besondere Demütigung empfunden, dass er als Mann sogar von Mädchen und Frauen gemobbt wurde, weil er sie als ihm eigentlich unterlegen angesehen hat.
Es hat drei Jahre gedauert, bis die Tat von München endlich als rechtsterroristischer Anschlag anerkannt wurde. Das macht den Unwillen rechte Verbrechen zu benennen und aufzuklären, der in Deutschland immer noch herrscht, erschreckend deutlich.
In Norwegen sehen wir gerade ähnlich besorgniserregende Entwicklungen: Das jährliche Gedenken des norwegischen Staates findet zunehmend ohne die AUF als Betroffene statt – teilweise werden sie nicht einmal mehr genannt. Die Anschläge werden in der norwegischen Öffentlichkeit und Politik zunehmend entpolitisiert und als eine Katastrophe dargestellt, die jede*n hätte treffen können und mit welcher nun auch abgeschlossen werden solle. Diejenigen, die den Anschlag überlebt haben und insbesondere diejenigen, die politisch aktiv geblieben sind, sehen sich über die Jahre zunehmenden Anfeindungen und massiven Schmähungen in der norwegischen Gesellschaft ausgesetzt. Wenn sie über den Anschlag sprechen, wird ihnen unterstellt, „die Utøya-Karte zu ziehen" und nur Mitleid und Aufmerksamkeit für sich persönlich erzeugen zu wollen. Es kursieren Verschwörungserzählungen, wonach wahlweise die Anschläge nie stattgefunden haben oder von der AUF und der Arbeiderpartiet selbst inszeniert worden seien. Immer wieder werden einzelne Überlebende in die Medien gezerrt und bloßgestellt. Dies geht soweit, dass einem potentiellen Parlaments-Kandidaten der AUF von der Polizei geraten wurde, keinen Wahlkampf auf sich zu nehmen und nicht zu kandidieren.

Bis heute wird das mittlerweile wieder jährlich stattfindende Sommercamp der AUF auf Utøya von der Polizei geschützt.

<u>Der Kampf geht weiter.</u>
Seit den schrecklichen Ereignissen in Norwegen gedenken Jusos und Falken jedes Jahr gemeinsam. Zum zehnten Gedenktag haben der Bundesverband der Jusos und der Falken und die Jusos Berlin eine Gedenkstele eingeweiht. Sie steht in Berlin-Neukölln auf dem Gelände des Anton-Schmaus-Haus der Falken, das auch schon selbst mehrmals Ziel rechter Anschläge wurde.
Wir gedenken der Genoss*innen, die wir verloren haben und fordern Konsequenzen. Eine konsequente Aufarbeitung rechten Terrors braucht die gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit seinen Ursachen und Kontinuitäten. Wir brauchen Orte des Gedenkens, der Auseinandersetzung und des Lernens. Durch Gedenkveranstaltungen und Bildungsseminare können wir die internationale Solidarität stärken. Als Jusos und Falken können wir das schon heute in unseren Verbänden leisten.

<u>Ohne Angst verschieden sein</u>.
Unsere Genoss*innen glaubten an eine bessere Welt. Sie waren politisch aktiv, um genau für diese zu kämpfen. Unsere Schwesterorganisation AUF bot ihnen dafür das politische Zuhause, wie wir sozialistischen Jugendorganisationen es überall auf der Welt tun.
Jedes Jahr am 22. Juli wandeln wir als Jungsozialist*innen zwischen Angst und wilder Entschlossenheit.
Angst, dass es uns wieder trifft – uns junge Sozialist*innen, uns Frauen*, queers, people of color, Jüdinnen und Juden. Einfach alle, die wir durch unsere bloße Existenz rechte Täter und ihr Weltbild herausfordern.
Entschlossenheit, für uns alle zu kämpfen. Wir haben einen Platz in der Gesellschaft verdient und ein gutes und sicheres Leben. Wir kämpfen diesen Kampf unserer ermordeten Genoss*innen weiter – bis wir in einer Gesellschaft leben, in der wir alle ohne Angst verschieden sein können.

ANTISEMITISMUS IN DER QUERDENKEN-BEWEGUNG

Johannes Hochhaus,
stv. Landesvorsitzender Niedersachsen

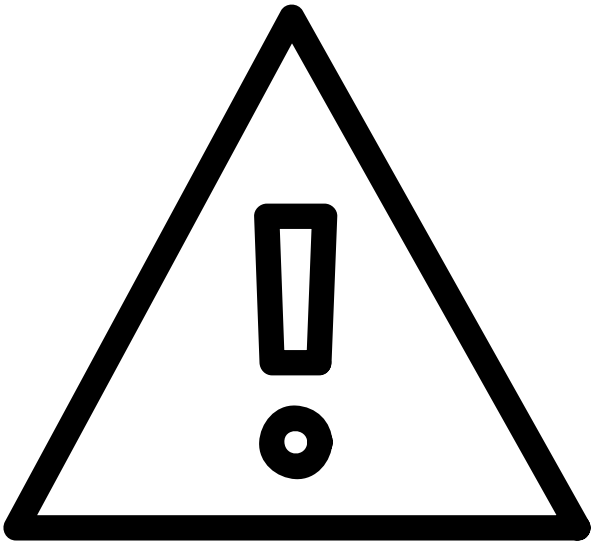
Die Corona-Pandemie hat einige Prozesse in Gang gesetzt. Einigen, wie die Digitalisierung, gerade im schulischen Bereich, stehen wir dabei positiv gegenüber. Andere Prozesse lassen uns wiederum mit dem Kopf schütteln. Dazu gehört die Querdenken-Bewegung, die seit 2020 nicht nur die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung ablehnt und damit aktiv Mitmenschen gefährdet, sondern auch wenig Hemmungen zur rechten Flanke aufweist. Hierzu gehören auch antisemitische Aussagen und Symboliken, die die Unterstützer*innen tätigen, bzw. tragen. Doch wie zeichnet sich der Antisemitismus auf Querdenken-Demonstrationen aus?

Deutschland im Jahr 2022: Jeden Montag treffen sich – mal angemeldet, mal unangemeldet – selbst ernannte Querdenker*innen. Sie alle eint die Ablehnung der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen. Kritik bezüglich der Teilnahme offensichtlich rechtsextremer Personen und Personen aus dem Reichsbürger*innen-Milieu wird dabei nicht angenommen, im Gegenteil: Erst kürzlich begrüßte die Teilnehmerin einer Querdenken-Demonstration die Anwesenheit von Nazis, solange sich diese friedlich verhalten würden. Diese Situation zeigt exemplarisch, was aktuell auf deutschen Straßen vonstattengeht.

Vielerorts drückt sich der Antisemitismus auf mehrere Arten und Weisen aus. Besonders in den Fokus sind dabei auch die gelben Sterne gerückt, die die sogenannten Querdenker*innen teilweise tragen.

Oft steht ‚ungeimpft" auf diesen Sternen. Art und Aussehen der Sterne erinnert dabei stark an die Judensterne, die Jüdinnen* und Juden während des Nationalsozialismus tragen mussten.

So wurde die gesellschaftliche Stigmatisierung deutlich sichtbar. Die Aussage ist klar: Ungeimpfte seien ebenso stigmatisiert und diskriminiert wie Jüdinnen* und Juden im Nationalsozialismus. Diese Gleichsetzung ist auf historischen und moralischen Ebenen gleichermaßen falsch und zeigt, dass auch 2022 Teile der deutschen Bevölkerungen immer noch keine Lehren aus der Zeit des Nationalsozialismus gezogen haben.



Eine weitere häufig anzutreffende Aussage ist das Geraune einer Pharma-Industrie, welche sich durch die Impfungen einerseits bereichern, andererseits weite Teile der Gesellschaft vergiften und umbringen würde. Hinter dieser Aussage sind klare Parallelen zum antisemitischen Stereotypen der Brunnenvergiftung sichtbar, welche Jüdinnen* und Juden im Mittelalter unterstellte, absichtlich das Trinkwasser in Städten zu vergiften. Andererseits werden hier auch Bilder einer "Weltverschwörung" von den "Querdenker*innen" erzeugt: Eine weltweit agierende Geheim-Macht, welche mit negativen Absichten handele, um sich die Menschheit zu eigen machen.

Diese Geheim-Macht wird auch den Medien unterstellt, hauptsächlich denen, die kritisch über die Querdenken-Bewegung berichten. Die Journalist*innen werden dabei nicht nur verbal angegriffen. Vielerorts wurde bereits über physische Angriffe auf Journalist*innen berichtet. Privatwohnungen werden angegriffen, Telefonnummern und E-Mail-Adressen veröffentlicht. Die kritische Berichterstattung über die Querdenken-Bewegung lösen bei den Demonstrant*innen antisemitische Reaktionsmuster auf.

Ihnen wird unterstellt, aus finanziellen Gründen kritisch zu berichten. Andererseits wird unterstellt, dass die Presse an sich „von oben gesteuert" sei und somit eine vermeintlich wahre, faire Berichterstattung gar nicht gewünscht sei. All diese Punkte sind auch in traditionellen antisemitischen Stereotypen zu finden, wenn auch in abgeänderter Form. Auch hier spielt der Mythos der jüdischen Weltverschwörung wieder eine wichtige Rolle. Wieder wird eine Geheim-Macht herbei phantasiert, welche die Geschehnisse der Welt lenken und beeinflussen würde.

Moderner Antisemitismus ist „die Unfähigkeit und Unwilligkeit [...], abstrakt zu denken und konkret zu fühlen" – so bezeichnet es der Berliner Beauftrage gegen Antisemitismus, Samuel Salzborn in seinem Buch „Globaler Antisemitismus – Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne" aus dem Jahr 2018. Man kann ihm bei dieser Aussage nur unterstützen. Wir Jusos setzen uns auch weiterhin gegen Nazis und deren Mitläufer*innen ein und solidarisieren uns mit den Protesten gegen die Querdenker*innen!

Gegen JEDEN Antisemitismus!

Was würde Willy tun? Warum der Blick in die Vergangenheit den russisch-ukrainischen Konflikt nicht lösen kann

von Marco Albers, Co-Vorsitzender Jusos Bezirk Hannover (Hinweis von der Redaktion: Dieser Artikel wurde vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine verfasst)

Die Krise zwischen Russland und der Ukraine ist so akut wie zuletzt im Jahr 2014. Damals annektierte Russland völkerrechtswidrig die Halbinsel Krim und löste einen militärischen Konflikt in der Ostukraine aus. Jetzt, im Februar 2022, stehen über 100.000 russische Soldaten an der Grenze zur Ukraine. Der Frieden in Europa scheint so gefährdet wie schon lange nicht mehr. Für die Partei Willy Brandts erweist sich die Positionsfindung in dieser Krise als eine besondere Herausforderung.

Russlands Krieg in der Ukraine

Die Aggressionen der Putin-Regierung gegen die Ukraine sind nicht neu. Sie kreisen vor allem um das Verhältnis der Ukraine zur EU und NATO auf der einen, zu Russland auf der anderen Seite. Von besonderer Bedeutung für die aktuelle Situation ist das Jahr 2014: Im November 2013 gab der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch bekannt, dass die ukrainische Regierung das Assoziierungsabkommen mit der EU aussetzen würde. Diese Entscheidung erfolgte auf Druck von Seiten der russischen Regierung – mit dem Ziel, eine stärkere Bindung der Ukraine an die Europäische Union zu verhindern. Als Folge dieser überraschenden Kehrtwende kam es zu Massenprotesten auf dem Maidan, dem Platz der Unabhängigkeit in Kyjiw, die schließlich zum Sturz der Janukowytsch-Regierung und zur Bildung einer Übergangsregierung führten.

Das Putin-Regime beantwortete den Sturz der ihr hörigen Regierung mit militärischen Mitteln: Es annektierte die ukrainische Halbinsel Krim und entflammte einen bewaffneten Konflikt im Osten der Ukraine, der bis heute anhält. Das Vorgehen des russischen Militärs kann dabei als hybride Kriegsführung bezeichnet werden. Der Einsatz von militärischer Gewalt wurde von gezielter Desinformation begleitet. In der Ostukraine und auf der Krim tauchten die sogenannten "grünen Männchen" auf, russische Streitkräfte ohne Hoheitszeichen, zu denen die russische Regierung damals jede Verbindung abstritt. Diese Verbindung von militärischer Aggression mit Propaganda-Kampagnen und Geheimdienstaktivitäten erwies sich für Putins Regierung als Erfolg: Die Krim ist bis heute besetzt und der bewaffnete Konflikt im Osten der Ukraine hält – dem Minsker Abkommen zum Trotz – an.

Aggression nach Außen

Die Außenpolitik der russischen Regierung ist zunehmend durch einen aggressiven Nationalismus gekennzeichnet. Dieser Nationalismus bedient sich zwei zentraler Argumentationsstränge: Zum einen die Behauptung einer Einkreisung Russlands durch die NATO, also eine sicherheitspolitische Bedrohung, der man einen Riegel vorschieben müsse.

Teil dieser Behauptung ist der Verweis auf die NATO-Osterweiterung, die, so wird im Kreml gerne erzählt und auch außerhalb Russlands oft geglaubt, einen Wortbruch darstelle. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe die NATO zugesagt, keine ehemaligen Sowjetrepubliken in ihr Bündnis aufzunehmen. Durch den Bruch dieses Versprechens bedrohe die NATO die Sicherheit Russlands. Nach dieser Argumentation wäre der Versuch, die Ukraine vom "Westen" fernzuhalten, also nichts weiter als Selbstverteidigung. Bei genauerem Hinsehen erweist sich diese Behauptung jedoch als Legende: Ein solches Versprechen gab es im Vorfeld der deutschen Wiedervereinigung nicht. Gorbatschow selbst bestätigte das. Im Übrigen dürfen wir davon ausgehen, dass eine solche Zusage, wenn sie der Sowjetunion wichtig gewesen wäre, schriftlich festgehalten worden wäre. Im Übrigen fand die letzte NATO-Osterweiterung 2004 – vor 18 Jahren – statt. Da war Gerhard Schröder noch Bundeskanzler (keineswegs für Säbelrasseln gegenüber Russland bekannt).

Marco Albers

Schriftlich zugesagt wurde keine Absage an die Osterweiterung der NATO, wohl aber die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine (Budapester Memorandum, 1994) sowie die freie Bündniswahl (Charta von Paris, 1990), internationale Abkommen, die von Russland unterzeichnet wurden. Weder von der Souveränität noch von der Freiheit, einem Bündnis beizutreten, will die russische Regierung jetzt offenbar etwas hören. Aber die "Einkreisung" durch äußere Mächte ist perfekt dazu geeignet, die Reihen hinter sich zu schließen.

Zum anderen bedient sich die Propaganda des Kremls historischer Argumente, die der Ukraine absprechen, ein eigener Staat zu sein und sie stattdessen als natürlichen Teil Russlands sehen. Eine Wendung der Ukraine nach Westen kann auf dieser Grundlage nicht akzeptiert werden. Diese Stoßrichtung ist insofern besonders gefährlich, als dass sie auf Fragen der "nationalen Identität" abzielt, die emotional polarisieren, aber wenig rationale Verhandlungsgrundlage bieten. Die Argumentation geht zuweilen bis in das 9. Jahrhundert zurück, den angeblichen Ursprung der russischen Nation. Ob aber die Kiewer Rus sich vor über tausend Jahren als russisch oder ukrainisch gefühlt haben, lässt sich heute wohl kaum beantworten und wenn wir ehrlich sind, ist es auch völlig irrelevant. Relevant ist nur, dass solche Mythen als nationalistisches Narrativ genutzt werden, um eine aggressive Außenpolitik gegen einen unabhängigen Staat zu legitimieren und von den Problemen innerhalb Russlands abzulenken. Das ganze verbindet sich mit Putins Anspruch, das imperiale Trauma nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu heilen und Russland durch die Austragung militärischer Konflikte wieder den Rang einer Großmacht zu sichern.

<u>Repression nach Innen</u>

Wie sehr die russische Staatsführung diesem Narrativ glaubt, können wir nicht beurteilen. Offensichtlich ist aber, dass sie die nationalistischen Gefühle nutzt, um ihre Macht im Inland zu zementieren. Um Nichtregierungsorganisationen als ausländische Agent*innen zu kriminalisieren, zuletzt die renommierte Menschenrechtsorganisation Memorial, um Oppositionelle wie Alexei Nawalny aus dem Weg zu räumen (mit Giftanschlägen oder Straflagern), um Demokratie und Pluralismus zu Feindbildern zu verzerren und nicht zuletzt, um von den Problemen im eigenen Land abzulenken.

Aussicht auf Entspannung?

Ob die russische Regierung unter Putin ein ernsthaftes Interesse an Frieden in der Ukraine hat, ist unsicher. Einiges spricht dagegen: Die Kriegsführung in der Ostukraine ist das effektivste Mittel, um die Ukraine als Beitrittskandidatin der NATO auszuschließen. Das Bündnis wird sich keinen bewaffneten Konflikt "ins Haus" holen. Außerdem geht es nicht ausschließlich um tatsächliche Sicherheitsbedürfnisse, sondern um die Anerkennung Russlands als Großmacht. Dieses imperiale Prestige sichert sich die russische Regierung über internationale Konflikte. Solange jederzeit ein Krieg in Europa droht, ist dem russischen Staatschef der Platz auf internationalen Bühnen gewiss.

Aus dieser Perspektive hat Putin ein Interesse daran, die bedrohliche Lage aufrechtzuerhalten oder immer neue solcher Situationen zu erzeugen. Das ist im Übrigen ein wichtiger Unterschied zur Sowjetunion, mit der sich Willy Brandt auseinandersetzen musste. Die Sowjetunion war unbestritten eine von zwei Großmächten und hatte ein Interesse an Stabilität, ein Interesse daran, diesen Zustand zu erhalten. Die russische Regierung hingegen versucht sich durch internationale Konflikte aufzuwerten und von Konflikten im eigenen Land abzulenken. Im Übrigen entwickeln nationalistische Narrative eine Eigendynamik und bauen gewissermaßen eine rhetorische Falle, aus der man nicht ohne Weiteres gesichtswahrend herauskommt. Nicht zuletzt betrachtet das russische Regime die Ukraine als gefährlichen Präzedenzfall - die Wendung zum sogenannten Westen und zur Demokratie darf sich nicht als erfolgreiches Modell erweisen, denn wer weiß, welche Staaten dieses Modell sonst noch kopieren würden?

Was würde Willy heute tun?

Kaum ein historischer Bezug ist für die Identität der SPD so zentral wie die Entspannungspolitik Willy Brandts. Weil heute auf der einen Seite die NATO steht und auf der anderen Seite der größte Nachfolgestaat der Sowjetunion, liegt die Versuchung nahe, die aktuellen Konflikte als Fortsetzung des Kalten Krieges zu betrachten. Eine Bedrohung des Friedens, wie ihn die russischen Streitkräfte an der ukrainischen Grenze darstellen, durch diese Brille zu betrachten, hilft uns jedoch nicht weiter. Stattdessen sollten wir uns fragen, was Entspannungs- und Friedenspolitik gegenüber Russland im 21. Jahrhundert eigentlich bedeuten. Das ist keine Absage an Gesprächsbereitschaft und Diplomatie. Es ist ein Appell anzuerkennen, dass das Putin-Regime grundsätzlich bereit ist militärische Gewalt einzusetzen, dass offenbar durchaus die Bereitschaft besteht, Frieden anderen Zielen wie nationalem Prestige unterzuordnen und dass völkerrechtliche Prinzipien gebrochen werden, wenn das ohne (größere) Konsequenzen möglich ist.

Und auch wenn es positiv zu bewerten ist, dass der Export von Rüstungsgütern von der Ampel-Koalition restriktiv gehandhabt werden soll, stellt sich die Frage, ob ausgerechnet die einseitig bedrohte Ukraine als Testfall für diese neue Prinzipientreue geeignet ist. Voraussetzung für diese wichtigen außenpolitischen Debatten innerhalb der Sozialdemokratie ist, die russische Politik nicht zu verharmlosen oder als "Streben nach Respekt" zu bagatellisieren. Voraussetzung ist auch, die politische Dimension gemeinsamer Wirtschaftsprojekte zu benennen. Auf Basis einer realistischen Analyse der russischen Außenpolitik sowie unmissverständlicher Solidarität mit der Ukraine werden wir uns besser für Frieden in Europa einsetzen können.

Katzen sind süß,

Catcalling aber gar nicht!

Von Toni Hillberg (Co-Vorsitzende Jusos Bezirk Hannover) und Bo Hoffmann (stellvertretender Vorsitzender Jusos Bezirk Hannover. Triggerwarnung, dass Sexismus und verbale sowie körperliche Übergriffigkeiten, bzw. Übergriffe geschildert werden.

Triggerwarnung, dass Sexismus und verbale sowie körperliche Übergriffigkeiten, bzw. Übergriffe geschildert werden.

Flyerverteilungen sind ein bekanntes und beliebtes Wahlkampfmittel. Nicht umsonst: Man kommt mit Menschen im besten Fall ins Gespräch und hat ansonsten seine Materialien mit Wahlkampfforderungen an die Menschen gebracht. Einziger Nachteil ist, dass das Ganze im öffentlichen Raum stattfindet und es zu einer Vielzahl an unangenehmen Erfahrungen kommen kann. Angefangen mit den sich in die Länge ziehenden Diskussionen mit Corona-Leugner*innen oder Reichsbürger*innen, über verbale Ausfälle und Beleidigungen, bis hin zu folgendem Hinweis “Ne, den Flyer nehme ich nicht. Deine Nummer aber schon gerne, Süße”.

Und nein, das ist kein Problem von SPD-Ständen oder SPD-Verteilungen an sich. Denn diese Aktionen sind schließlich auch vorbei, wenn einer Person auf dem Heimweg Hinterhergepfiffen wird, gefolgt von einem “Na, willste ficken?”. Es ist ein gesellschaftliches Problem, das sich gerne in öffentlichen Räumen manifestiert und es hat einen Namen: Cat Calling.

Cat Calling ist also auf den Punkt gebracht, verbale sexuelle Belästigung, welche aber anders, als die physische sexuelle Belästigung, regelmäßig und eben in keinster Weise rechtlich sanktioniert wird. Wenn eine Person eine andere also in übergriffiger, nicht konsensualer Weise in kompletter Öffentlichkeit zum Geschlechtsverkehr auffordert, ist dies ein Ausdruck von Macht und des sich Herausnehmens, Menschen auf diese Art und Weise zu belästigen. Dabei ist das Ganze oftmals weder eine Straftat noch eine Ordnungswidrigkeit. Und das obwohl, ähnlich wie bei der physischen Belästigung, in die sexuelle Selbstbestimmung eingegriffen wird. Denn diese fängt eben nicht erst bei der berühmt berüchtigten Hand auf dem Hintern oder zwischen den Beinen an, sondern eben auch schon mit eben solchen Aufforderungen oder anzüglichen sexuellen Bemerkungen, – kurzum mit verbaler sexueller Belästigung.

Doch was hat das nun mit Feminismus zu tun? Mit erschlagender Häufigkeit gibt es solche Catcalls und das tagtäglich und überall, meist von Männern gegenüber Frauen*. Es handelt sich dabei nicht um bloße Einzelfälle, sondern wie so oft, um ein strukturelles Problem.

So werden Menschen und insbesondere Frauen* immer wieder kategorisch als bloßes Objekt behandelt, welches sich am besten gefügig dem Mann unterordnen sollte und nach Lust und Laune zu Verfügung stehen soll. Dieses Frauen*- und Menschenbild wird nicht nur durch fehlende Aufklärung geduldet, sondern vor allem auch durch die Medien zusätzlich befeuert.

Feminismus bedeutet ganz knapp, dass alle Menschen nicht nur gleich sind, sondern vor allem auch gleichberechtigt leben können sollen, in allen Aspekten. Eine Objektivierung und eine regelmäßige öffentliche sexuelle Belästigung ist also genau das Gegenteil von einem gleichberechtigten Leben auf Augenhöhe. So ist es für viele Frauen undenkbar, abends alleine rauszugehen, da sie gerade in Großstädten mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen müssen, solchen Sprüchen oder sogar mehr ausgesetzt zu sein. Und woher kann man sicher sagen, dass man angstfrei seinen Weg beschreiten kann, dass die catcallende Person ihren verbalen Aufforderungen nicht auch physische Taten folgen lässt?

Wieso ist es jetzt aber problematisch oder sogar antifeministisch, dass solche sexuellen verbalen Belästigungen nicht "unter Strafe" gestellt werden?

Zunächst, weil durch eben dieses Nichts-Tun des Gesetzgebers die gerade beschriebenen Angsträume geschützt und geduldet werden. So werden die Opfer von Cat Calls indirekt in ihrer Freiheit beschränkt. Vor allem aber ist die aktuelle rechtliche Situation frustrierend für all diejenigen, die tagtäglich davon betroffen sind, da sie keinerlei Handlungsmöglichkeit haben, um sich selbst zu wehren. Die Justiz wird nämlich nur tätig, wenn der Catcall in die Tat umgesetzt wird oder ihm mit einer Beleidigung Nachdruck verliehen wird. Geschieht dies nicht, ist das Geschehene zumindest laut Gesetzgeber und Strafrecht „völlig okay". Personen, die also tagtäglich mit diesen Problemen konfrontiert sind, bekommen dadurch eins suggeriert: Stell dich eben nicht so an. Diesen Eindruck spiegelt man aber eben nicht nur den Betroffenen, sondern auch den Täter*innen. Wenn es nicht verboten und nicht sanktioniert wird, dann wird es wohl schon okay sein, wenn ich einer Frau um 3 Uhr nachts nach einer Feier in einer kleinen schlecht beleuchteten Gasse hinterherpfeife und sie frage, ob ich sie nicht mal überall anfassen darf, oder nicht?

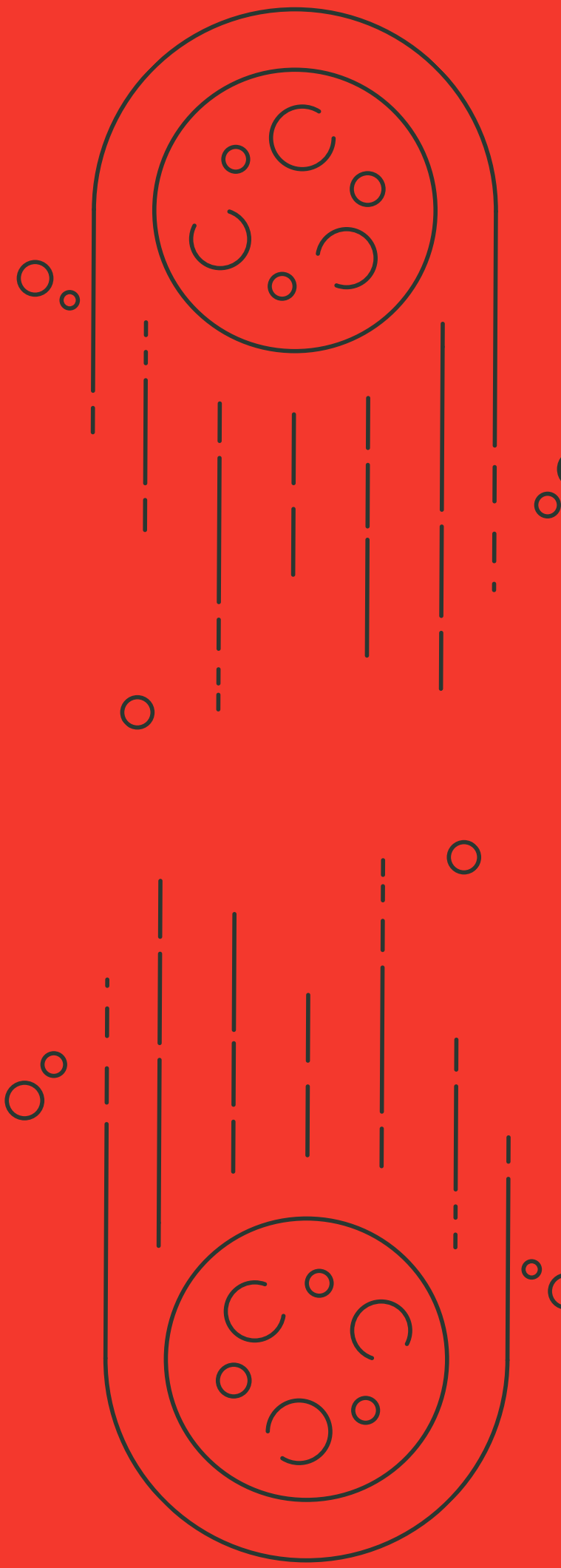
Uns ist bewusst, dass das Strafrecht als schärfstes Schwert nicht dazu da ist, alles immer überall zu regulieren und zu sanktionieren. Jedoch handelt es sich bei solchen Äußerungen eben nicht bloß um eine Bagatelle, sondern um ein Delikt, welches zumindest vergleichbar mit einer Beleidigung ist und nah verwandt mit der sexuellen Belästigung. Auch ist uns bewusst, dass verbale sexuelle Belästigung nicht plötzlich durch eine Strafvorschrift verschwinden wird.

Wir sind jedoch der Auffassung, dass dies ein einfacher, erster und komplett überfälliger Schritt wäre, um zum einen den Tätern zu zeigen, dass sie sich klar im rechtlichen Abseits befinden, und zum anderen den Betroffenen eine Möglichkeit zu geben, mit der sie sich zur Wehr setzen können. Weiter könnte ein solches Gesetz auch an die gerade erst geplante verhetzende Beleidigung anschließen, welche bereits die Rechte marginalisierter Gruppen verstärkt schützt. Frauen*, beziehungsweise sexistische Motive, sind dabei bis jetzt aber leider noch nicht berücksichtigt.

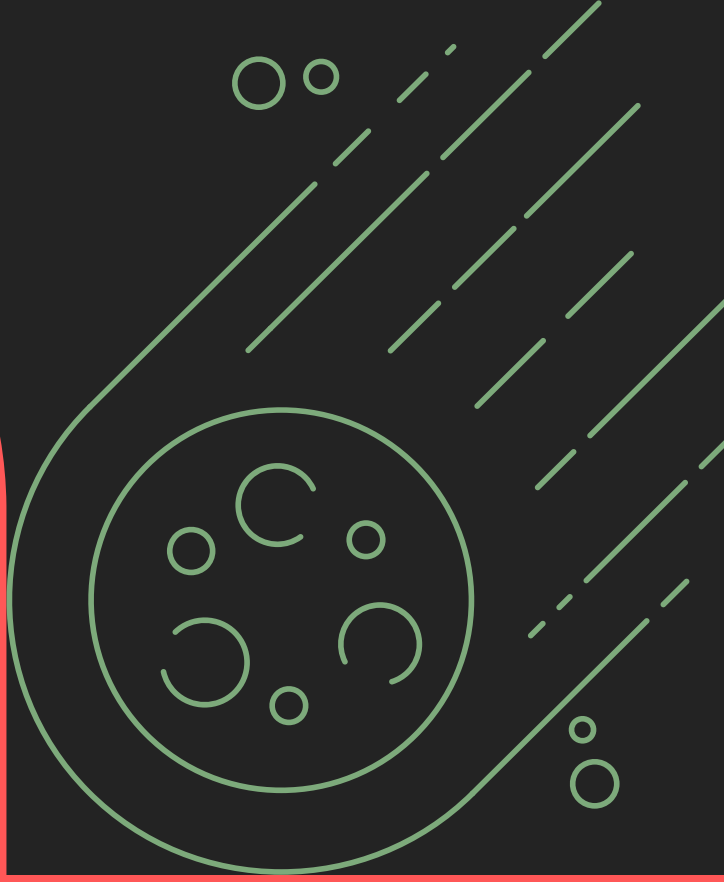
Motive, sind dabei bis jetzt aber leider noch nicht berücksichtigt.

Vor dem Gesetz sind alle gleich – das ist nicht nur Prinzip, sondern auch der Anspruch unseres Rechtssystems. Das dies jedoch noch nicht der Wirklichkeit entspricht, gerade wenn es um die Rechte von Frauen geht, dürfte auch schon vor diesem Text jedem und jeder klar gewesen sein. Jedoch sollte es gerade für uns als Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen nicht nur der Maßstab sein, den wir an unser Rechtssystem anlegen, sondern auch an dem wir unser eigenes Handeln messen. Exemplarisch an den beschriebenen Beispielen sieht man also, dass auch das Strafrecht feministischer werden muss, wenn wir diesem Anspruch gerecht werden wollen, denn nur so können wir garantieren, dass wirklich alle, auch solche, die marginalisierten Gruppen angehören, dasselbe Maß an Schutz durch das Strafrecht erfahren.

Oder aber man sagt ihnen einfach weiterhin: Stellt euch nicht so an, das war doch nett gemeint!



BUCHEMPFEHLUNG:



Erich Fromm
“Den Menschen verstehen”

Das Buch “Den Menschen verstehen” von Erich Fromm kann ich euch wärmstens empfehlen. Nicht nur weil es sehr zugänglich und angenehm geschrieben ist, sondern auch weil das Thema des Buches sehr ansprechend ist.
Zum Autor kann man sagen, dass auch dieser eine sehr interessante Persönlichkeit ist. Fromm war Teil der sogenannten Frankfurter Schule - dem Institut für Sozialforschung zu dem auch bekannte Denker wie Adorno, Horkheimer oder Walter Benjamin gehörten. Die Frankfurter Schule gründet ihre Tradition im marxistischen Denken und verbindet viele verschiedene Themenfelder in diesem Sinne.

Das Buch “Den Menschen verstehen” ist passenderweise eine Kombination aus den Themen der Ethik, der Philosophie, des Humanismus mit der Psychologie. Fromm geht in diesem Buch einer der grundlegendsten Fragen, wenn nicht der grundlegendsten Frage überhaupt auf den Grund. Es ist die Frage nach der menschlichen Natur. Er behandelt Definitionen der menschlichen Natur, des ethischen Verhaltens, gibt einen Zugang zu humanistischem Denken der auch für Einsteiger und für entspanntes Lesen gut geeignet ist.

Wer sich also gerne mal über Problemstellungen der Ethik und der menschlichen Natur beschäftigen möchte und auch etwas über die ethischen Probleme unserer Gegenwart beschäftigen möchte, aber dies bisher aus einer akuten Unlust am Lesen von schwer zugänglichen Texten nicht geschafft hat, dem ist dieses Buch zu empfehlen.

IMPRESSUM

Redaktion
Belana Schwarz
Kirsti Elle

Lektor*innen
Belana Schwarz

Umsetzung Design
Fynn Hinck

Verfasser*innen
Sarah Marino
Ferike Thom
Johannes Hochhaus
Kirsti Elle
Jonas Pagels
Marco Albers
Toni Hillberg
Bo Hoffmann
Fynn Hinck

Jungsozialist*in
Jahrgang 5 - 2022
Ausgabe März 2022

Herausgeber*innen
Jusos in der SPD
Bezirk Nord-Niedersachsen
Archivstraße 1
21682 Stade

Hinweise:
Die Texte und Fotos wurden mit viel Liebe und Arbeit geschrieben und gemacht. Bitte veröffentlicht davon nichts ungefragt anderswo im Internet.
Kritik, Anregungen und Themenwünsche gerne an: jusosnn(at)gmail.com, unsere fb- oder Instagram-Seite!
Alle verwendeten Bilder, so nicht anders gekennzeichnet stammen von den Autor*innen selbst oder sind gemeinfrei und zur Verwendung freigegeben.

JUSOS
Nord-Niedersachsen

@jusosnn

/jusosnn

info@jusosnn.de

jusosnn.de